

TOP 16:

Entschließung des Bundesrates "Kooperationsverbot im Bildungsbereich aufheben"

- Antrag der Länder Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Thüringen -

Drucksache: 621/17

I. Zum Inhalt der Entschließung

Mit der Initiative soll der Bundesrat die Bundesregierung zu Gesprächen mit den Ländern über eine Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern in der Bildung auffordern.

Es soll zukünftig als gemeinsame Aufgaben von Bund, Ländern und Gemeinden verstanden werden, die Einrichtungen aller Bildungsbereiche in die Lage zu versetzen, ihren Aufgaben noch besser gerecht werden zu können. Hierzu sollen Rahmenbedingungen für eine finanzielle Beteiligung des Bundes an der Bildung festgelegt werden. Die fachliche Verantwortung für die bildungspolitischen Ziele soll weiterhin den Ländern obliegen.

II. Zum Gang der Beratungen

Die Entschließung soll in der 960. Sitzung des Bundesrates vorgestellt und dann den Ausschüssen zur Beratung zugewiesen werden.

